

Die Zeitungen

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Bahn beträgt 1.60 Reichsmark. Durch Postanweisung ohne Zuzahlung 1.40 Reichsmark, durch die Post 1.20 Reichsmark. A. 40 Pfennig Zuzahlung. Einmalige Anzeigen: 20 bis 100 Zeilen. Die Anzeigen werden nach Kolonnen-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drachmeldungen und Radiotelegramme.

Reichspräsident von Hindenburg wird voraussichtlich am Freitag die Weimarer Tagung des Reichspräsidenten in diesem Tage mit Hindenburg bei General Ludendorff in dessen Villa auf dem Prinzen-Ludwig-Platz zu Gast sein, um einige Stunden im Kreise aller Kriegsteilnehmer zu verweilen. Das Jubiläumfest Hindenburgs wird allerdings nicht lediglich privaten Charakter tragen.

Gestern nacht ereignete sich in Duisburg heftige Zusammenstöße zwischen Angehörigen des Frontkämpferbundes und Börsisten, wobei Mitglieder des Frontkämpferbundes von Gummitrupfen, Eisenstangen und Spazierfedern Gebrauch machten. Die Polizei wirkte wiederholt ein und machte schließlich die Straße frei. Ein Mitglied des Frontkämpferbundes wurde festgenommen. Ein ähnlicher Zusammenstoß fand bei einem Besuch zwischen Wehrmacht und Reichsbannermitgliedern statt.

In Wogum fand zwischen dem Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes und der kommunistisch-funktionarischen Union der Gewerkschaften eine Besprechung statt, bei der nötige Lebenserhaltung wegen des Lebensrisikos der Mitglieder der Union zum Bergarbeiterverband erzielt wurde. Der Lebensrisiko bis zum 18. September dieses Jahres in den einzelnen Bergarbeiterverbänden ist durch die Besprechungen der Mitglieder der Union weitestgehend beseitigt.

Reichsmarschall Franz Graf Conrad v. Hörsing, der vom 1912-1917 Chef des Generalstabes der kaiserlich-königlichen Armee war und dann ein Kommando an der italienischen Front übernahm, ist am 25. August in Bad Mergentheim im 73. Lebensjahre gestorben.

Die Zahl der englischen Arbeitslosen hat in der vergangenen Woche eine weitere Zunahme von 28 950 Personen erfahren, wodurch die Gesamtzahl der Arbeitslosen auf 1 298 400 gestiegen ist.

Die Kohlenförderung in Großbritannien ist im zweiten Vierteljahr 1925 geringer gewesen als in irgendeinem Vierteljahr seit 1921. Die Zahl der im Bergbau Beschäftigten ist gegenüber dem Vorjahr um rund 96 000 Personen zurückgegangen. Von dem Auslande gingen 17 1/2 Millionen Tonnen gegenüber 20 1/2 Millionen im zweiten Vierteljahr 1924.

In dem Londoner Stadtteil Stepney wurde das dortige Gewerkschaftsgebäude des Gewerkschaftsverbandes von Kommunisten bedroht. Aus einem oberen Stockwerk wurde eine Feuerbombe abgeworfen, wodurch ein Komunist verwundet wurde. Daraufhin rief ein starkes Polizeiaufgebot heran und der Gewerkschaftsverband angehende Gewerkschaftsleiter Reed wurde verhaftet. Ein anderer Sekretär des Verbandes erklärte, die Kommunisten hätten das Leben der Gewerkschaftsbeamten bedroht und Reed habe deshalb in Notwehr geschossen.

Auf dem Sozialistkongress in Marzelle kam es zu heftigen Meinungsverschiedenheiten, so daß die Engländer die Sitzung verließen; auch die späteren Einigungsversuche scheiterten. Der Grund ist der, daß die Engländer erklärten, die deutschen Sozialisten aus dem Dampesplan müssen aufsteigen, da sie die Ursache der Arbeitslosigkeit in England seien, die unvermeidlich auch auf Belgien und Frankreich übergehen werde, wenn die deutschen Sozialisten fortwähren.

Um die innere Ansicht, die Frankreich sehr unterwürdig sind, scheint es sich zu handeln. Wie verlautet, wird Caillaux nur Militärrat eine weitere Verlängerung der Zeitungsfrist bis Ende September fordern.

Mitte September soll in Paris eine Konferenz der Generallandesräte Frankreichs, Polens und der spanischen Einheiten stattfinden. Die Delegation der französischen General Gouraud hat den Schlachtfeldern der Isondofronten in der Umgebung von Vercorrey beigewohnt.

Die Franzosen haben das ganze Hauranggebiet (den Süden Syriens) geräumt, um ihre Kräfte nach Damaskus zu konzentrieren, da sie eine Ausbreitung des Aufstandes auf ganz Syrien beabsichtigen.

Das harterkämpfte Kampf mit den Deutschen räumten die Franzosen unter schweren Verlusten nördlich von Damaskus Abwärts bis Hazati. Eine andere französische Abteilung wurde gewonnen. Eine starke Stellung bei Hira unter schweren Verlusten aufzugeben. Die Deutschen verfügten die verbleibenden französischen Truppen. Ein französisches Panzerautomobil und ein Flugzeug wurden zerstört.

Die amerikanischen Schiffschiffe, die wie letztes Jahr gemeldet, aber bisher in der Geschichte nie begeseltet. Fast die australischen Häfen besuchten, haben ihren Besuch beendet.

Die Sicherheitsverhandlungen mit den Alliierten beginnen.

Die Note Briand's. / Juristenkonferenz in London. Stellungnahme der Reichsregierung.

Nach langer langer Zeit der Erwartung soll die Sicherheitsfrage endlich weiter in Gang kommen. Dabei hat Deutschland bisher wenigstens das eine erreicht: daß an Stelle des bisherigen Notenwechsels mündliche Verhandlungen treten. Die französische Antwortnote zur Sicherheitsfrage ist heute der Öffentlichkeit übergeben worden (den Wortlaut siehe folgende Seite). Die vorläufige deutsche Antwort ist gestern abend bereits nach Paris übermittelt.

Juristenkonferenz, dann Außenministerkonferenz.

Der französische Vorkatheter hat die Übergabe der Antwortnote in der Sicherheitsfrage durch die beiden folgenden Erklärungen ergänzt, die durch gleichlautende Erklärungen des englischen Vorkatheters und des belgischen Gebländes bestätigt worden sind:

1. Frankreich und seine Alliierten würden es für zweckmäßig halten, wenn die juristischen Sachverständigen der Außenministerkonferenz in dem Vertreter des Deutschen Reiches die Möglichkeit zu geben, die Ansichten der Alliierten Regierungen über die juristische und die technische Seite der zur Vorbereitung liegenden Fragen kennenzulernen.

2. Nachdem diese Vorarbeit erledigt ist, können die Außenminister Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Großbritanniens eine Zusammenkunft beschließen, von der die alliierten Mächte eine Bestätigung der endgültigen Lösung der vorliegenden Fragen erhoffen.

Für die bevorstehende Konferenz der juristischen Sachverständigen ist vom deutschen Seite Ministerialdirektor Dr. Gauß in Aussicht genommen. Die Konferenz wird voraussichtlich am kommenden Montag in London zusammenzutreten.

Die Stellungnahme der Reichsregierung

Von maßgebender Stelle verlautet: Die deutsche Regierung teilt die am Schluß der französischen Note vertretene Auffassung, daß es nicht zweckmäßig sei, den Notenwechsel fortzusetzen. Die deutsche Regierung sieht daher vorläufig davon ab, den in der deutschen Note vom 20. Juli dargelegten Standpunkt noch weiter zu erläutern.

Der vorangehende Standpunkt wird jedoch, daß die in der französischen Note vertretene Auffassung, als wenn die deutsche Note vom 20. Juli alle grundsätzlichen Fragen bereits erschöpfend behandelt hätte, nicht zureichend ist, denn auch bei den nicht erläuterten Einzelfragen handelt es sich teilweise um Nebenfragen, in denen eine Einigung möglich ist.

Einigungsergebnisse von grundsätzlicher Bedeutung.

Die französische Antwortnote vom 16. Juni faßt zwar die deutschen Vorschläge wiederholt, jedoch nicht erkennen lassen, welche der verschiedenen Lösungsmöglichkeiten bei den Alliierten selbst als ihrer Annahme entsprechend in Betracht kommen. Dieser hängt auch die von alliiert Seite der deutschen Regierung übermittelte Anregung zusammen, einen Reichsausschuss für die Angelegenheiten der Alliierten in dieser Frage zu bilden.

Man hat früher von dem Gedanken einer Juristenkonferenz gesprochen, einer Anregung, die nach den ersten Prüfungen nun aufgegeben werden mußte, als ob die Bestimmungen eines fernöstlichen Vertragsgemachtens ausgearbeitet. Einen solchen Gedanken hätte die deutsche Regierung nicht zulassen können, denn die Feststellung eines Vertragsgemachtens würde alle hierauf in Betracht kommenden politischen Fragen betreffen und würde ohne die entscheidende Mitwirkung der politisch verantwortlichen Instanzen nicht beraten werden.

Dagegen hat die deutsche Regierung keinen Anlaß, eine Einladung abzulehnen, die sich darauf bezieht, sich über die Einzelheiten des Vertragswerkes zu informieren, schon um die Informationen als Grundlage für ihre eigene Stellungnahme zu verwenden. Ein allgemeines darf man sagen, daß die in der französischen Note vertretene Auffassung in einer weniger klaren Form zum Ausdruck kommt, als in der ersten französischen Note.

Zu demselben die Note faßtliche Annäherungen an den Standpunkt der deutschen Note vom 20. Juli zum Ausdruck bringt, ist beim selben

Stadium schwer zu erkennen, da ihre einzelnen Verhandlungen ergebnislos sind, und sowohl einer optimistischen wie einer pessimistischen Auslegung Raum geben.

Auf zwei Punkte ist bereits heute hingewiesen. Die französische Note erklärt Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

ernent als die Grundlage jeder Sicherheitspakt. Sie nimmt auch Stellung zu der von Deutschland angeregten Idee der allgemeinen Abrüstung und bekennt sich erneut zu dieser tragenden Idee des Völkerbundes. Deutscherseits kann nicht anerkannt werden, daß Deutschlands bisherige Abhängigkeit vom Völkerbund einen Grund gegeben hätte, die allgemeine Abrüstung nicht zuzunehmen, zumal Deutschland schon in Verlaufe des Ersten Weltkrieges hat, dem Völkerbund beizutreten, ein Erziehen, das damals von den alliierten Mächten abgelehnt worden ist, womit sich also nicht nach ihrer eigenen Ansicht selbst der Grundlage herabsetzen, die allgemeine Abrüstung praktisch durchzuführen. Grundsätzlich darf festgestellt werden, daß für den Fall des Beitritts Deutschlands die allgemeine Abrüstung

Die Vorbehalte werden aufrechterhalten!

Sindlich die deutschen Vorbehalte wegen des Eintrittes in den Völkerbund erkennt Deutschland an, daß es formal richtig ist, daß diese Frage noch zwischen dem Völkerbund und Deutschland gelöst werden muß. Frankreich aber und seine Alliierten verweigern über einen gleichbedeutenden Einfluß im Völkerbund, der, wie Deutschland glaubt erwarten zu können, auch dazu beizutragen wird, um in der Frage der tatsächlichen Gleichberechtigung Deutschlands dessen berechtigten Wünschen zu entsprechen.

Deutschland fordert auch seine Sonderrechte, sondern wünscht, daß für alle Völker, die in der gleichen Lage sind, ihre militärische, geographische und wirtschaftliche Lage bei der Völkerbunds-gestaltung berücksichtigt wird.

Deutschland hat nicht die Absicht, die formalen Bestimmungen des Völkerbundes zu verletzen, wozu der Eintritt über Nation bedingungslos erfolgen muß, gleich jedoch, daß die im Völkerbund vertretenen Mächte, ebenso wie sie für den Fall des Beitritts Deutschlands für seine Vertretung im Rat und Sekretariat einzutreten wollen, auch die Macht haben, die im Artikel 18 der Völkerbundscharta liegenden Bedenken zu erörtern. Als selbstverständlich darf vorausgesetzt werden, daß eine ungleiche Behandlung der im Krieg unterlegenen Staaten wie z. B. der vorbereiteten Regelung der Investitionsfrage nicht aufrechterhalten wird.

Gegen Kriegsschuldfrage, Kolonialausfluß und Rheinlandbesetzung.

Die deutsche Regierung verweist in diesem Zusammenhang auf die im deutschen Memorandum vom September 23. ausgeprochene Zurückweisung der Anerkennung einer moralischen Schuld und auch auf die weitere Erklärung, daß Deutschland zu kolonialen Mandaten ebenso zugelassen werden müßte wie andere Nationen.

Die weitere Aufrechterhaltung der nach deutscher Ansicht verfassungswidrig bestehenden ersten Zone vereinbart mit Verjährung und Verjährung und der sich daraus ergebenden unbilligen Befriedigung in Europa. Deutschland hat allen Anlaß, den Entwaffnungsbedingungen zu entsprechen. Die wenigen noch bestehenden Restpunkte dürften nicht Anlaß sein, die nördliche Rheinabgrenzung noch weiter beschränken zu lassen. Je früher dieses Hindernis einer endgültigen Verständigung beseitigt ist, desto eher wird auch diejenige Einstellung des deutschen Volkes gewonnen werden können, die die notwendige Voraussetzung dafür ist, daß die Bemühungen der Reichsregierung von dem Willen der überlegenen Mehrheit in Deutschland getragen wird.

Der Reichskanzler geht auf Urlaub.

Daß die Reichsregierung mit längerer Dauer der juristischen Beratungen in London verbunden und im übrigen nicht geneigt ist, die für Deutschland ganz Zukunft entscheidende Frage eines Vertrags mit dem Westmächten irgendeine zu überlassen, ergibt sich daraus, daß der Reichskanzler Dr. Brücker heute einen auf drei Wochen dauernden Urlaub antritt. Er erwartet die Beendigung dieses Urlaubs im jetzigen Augenblick zu nächst ammet, bei näherer Überlegung erscheint es als ein in seiner Unannehmlichkeit sehr begründeter

und wirkungslos für einen der Alliierten, daß Deutschland nicht mehr gekommen ist, für sie wie bisher fast immer nur ihres Winkes gewärtig auf dem Sprünge zu stehen. In diesem Urlaub liegt gewissermaßen die Erklärung: „Wir Deutschen wissen, daß die Engländer und Franzosen uns laßt, ohne uns nicht mehr weiterkommen zu lassen.“ Außerdem liegen in der großen Welt politisch viele Dinge in der Luft — man denkt an die schweren Einwirkungen, die in China heranziehen, an französische Mächte in Marokko und Spanien, an die französischen Schuldverhandlungen mit England und Amerika, an die Resolutionen Englands, an die vorläufige Ausweisung Italiens von den Beratungsverhandlungen und endlich an den größten aller schwebenden Konflikte: Das Verhältnis Englands zu Rußland. Da ist es gut, zu warten und reifen zu lassen, was reif werden will. Aber wie, ob wir nicht schon in einigen Monaten vor einer ganz anderen Weltlage stehen, die auch uns eine ganz andere freiere Stellung gegenüber Frankreich und England gibt, England hat Eile, dringende Eile. Wir haben Zeit!

Eine deutsche Gegennote zur Entwaffnungsnote.

Die Londoner „Times“ meldet aus Berlin: Die deutsche Regierung hat gegen die in der letzten Entwaffnungsnote anbelehnten Entmilitarisierung der deutschen Polizei eine Gegennote an die Vorkatheterkonferenz gerichtet. Die deutsche Note ist mit ausführlichen Erklärungen versehen, aber auch eine finanzielle Belastung, die Deutschland durch die notwendige Umänderung treffen würde und die für das Reich untragbar ist.

Räumung Kölns gegen Eintritt in den Völkerbund?

Der Berliner „Tempo“ meldet: Die Rufe des Oberen der Interalliierten Entwaffnungskommission, General Walsh, nach Paris (sich im Zusammenhang mit der Sicherheitsnote).

Auf Antrag Englands soll die Vorkatheterkonferenz in kommenden Woche eine Entscheidung fällen, ob bestimmten deutschen Abänderungsvorschlägen stattzugeben und Köln geräumt werden kann. England hofft durch ein solches Entgegenkommen Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zu erzielen.

Caillaux's Schuldverhandlungen. America greift ein.

In den französisch-englischen Schuldverhandlungen ist amheinen eine Wendung eingetreten: Der amerikanische Vorkatheter Houghston hat eingegriffen und eine Besprechung mit dem englischen Außenminister gehabt. Er gab amerikanischen Vorkatheteren zu verstehen, daß Amerika mit der bisherigen englisch-französischen Verhandlungen nicht zufrieden sei und die Zugeständnisse Englands als zu weitgehend ansehe.

Nach gleichzeitigen Meldungen aus Washington ist Amerika entschlossen, auf Frankreich den allerhöchsten Druck auszuüben; Frankreich sei imstande, seine Schulden in 26 Jahren zurückzuzahlen und in der Zwischenzeit mit 3% Proz. zu verzinsen.

Amheinen sollen die Verhandlungen Frankreichs und Englands mit den französisch-amerikanischen Verhandlungen verbunden werden, um eine gemeinsame Schuldregelung, ein „Drei-Kaiser-Memorandum“ herbeizuführen.

Gestern fand eine außerordentliche Sitzung des englischen Kabinetts statt, in der der englische Schatzkanzler Churchill Bericht erstattete und neue Richtlinien erbat. Caillaux hat seine Abreise noch verschoben.

Die Communiqués über die Londoner Schuldverhandlungen.

Das englische Communiqué über die Besprechungen zwischen Churchill und Caillaux besagt, daß England vor drei Wochen 16 Millionen Pfund Sterling jährlich forderte, Caillaux bot 10 Millionen. England ist nicht bereit, sich endgültig 12 1/2 Millionen vor und der ausfallenden Haftung Frankreichs für die Zahlungen und unter der Bedingung, daß Frankreich seinen Gläubigern eine entsprechende Besoldung zuerteilen werden sollte.

Caillaux veröffentlicht eine Erklärung, worin es heißt, daß Churchill auch mit der Gewährung eines Teilmoratoriums bis 1930 einverstanden sei. Caillaux erklärte, er zweifle nicht, daß schließlich ein Abkommen geschlossen werde.

Während der Kabinettsitzung darf ein gutgeleiteter Mann Zigaretten durch die Fenster der Wohnung des Premierministers bekommen. Er wurde sofort verhaftet.

